

(04.05.2017. –18.05.2017)

# Grüner Pressespiegel

*Rathausfraktion*

**17.05.2017 - E-Rollis müssen mit – Punkt.**

„Wir sind empört, dass es im Streit um die Beförderung eines E-Rolli-Fahrers zu einem Polizeieinsatz kommen musste“, kommentiert Dr. Andreas Jürgens, behindertenpolitischer Sprecher der grünen Rathausfraktion, einen Vorfall am Mittwochmorgen, bei dem ein E-Rolli-Fahrer eine Straßenbahn verlassen sollte. „Wir erwarten von der KVG eine transparente Aufklärung, wie es zu so einem Fall kommen konnte.“

Erst kürzlich gab es Diskussionen um eine neue Beförderungsrichtlinie, die nur einen Rollstuhl pro Stellfläche vorsieht. „Dass nun aber gar kein E-Rolli mitgenommen wurde, widerspricht der Beförderungspflicht und unserem Verständnis einer inklusiven Gesellschaft.“ Aus grüner Sicht müsse es endlich eine zufriedenstellende Lösung geben, dass gehbehinderte Menschen nicht von der Teilnahme am öffentlichen Nahverkehr ausgeschlossen werden. „Oder um es kurz zu sagen: E-Rollis müssen mit. Punkt.“, so Andreas Jürgens abschließend.

*Karin Müller, MdL*

**17.05.2017 - Nahmobilitätsstrategie: Gute Schritte für einen attraktiven und sicheren Fuß- und Radverkehr – für lebenswerte Städte und Gemeinden**

„Mehr Fuß- und Radwege in Städten, Kreisen und Gemeinden, ein Netz von Radschnellwegen und viele gute Ideen zur Unterstützung von Fußgängern und Radlern etwa im Zusammenspiel mit Bussen und Bahn – die heute von Verkehrsminister Tarek Al-Wazir vorgestellte Nahmobilitätsstrategie für Hessen enthält viele wichtige Schritte, damit Menschen sich öfter entscheiden, das Auto stehen zu lassen, und damit für lebenswerte Städte und Gemeinden“, erklärt die verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Hessischen Landtag, Karin Müller. Al-Wazir stellte die Strategie beim zweiten Hessischen Nahmobilitätskongress vor.

„Das Konzept der ‚Autogerechten Stadt‘ aus dem vergangenen Jahrhundert mit ihren menschenfeindlichen Asphaltchneisen prägt leider immer noch viele Städte“, so Müller weiter. „Wir müssen aber die gesundheitsschädliche Stickoxid- und Feinstaubbelastung durch den Autoverkehr reduzieren, damit unsere Städte lebenswert bleiben. Verbrennungsmotoren heizen die Erderwärmung an – das müssen wir abbremsen. Und wir wollen, dass Fußgänger und Radfahrer sicher durch den Verkehr

kommen. Deshalb muss die Infrastruktur nahmobilitätsfreundlicher werden – und wer vom Auto auf das Rad umsteigt oder zu Fuß geht, nutzt nicht nur der Umwelt, sondern auch der eigenen Fitness und Gesundheit.“

Die Nahmobilitätsstrategie enthält ein ganzes Bündel an Schritten für einen attraktiveren Rad- und Fußverkehr. „Das Land unterstützt die Kommunen dabei, zukunftsgerechte Verkehrskonzepte zu entwickeln, unter anderem mit vier Millionen Euro im Jahr zusätzlich für Zwecke der Nahmobilität und weiteren rund zehn Millionen Euro für Fuß- und Radwegprojekte, mit Fortbildungen für Verwaltungskräfte und Verkehrsplaner und einem ‚Nahmobilitäts-Check‘. Online-Angebote wie der Radroutenplaner Hessen und eine Meldeplattform für Schäden an Radwegen unterstützen Radler und Fußgänger zusätzlich.“ Müller hob die Überarbeitung der hessischen Bauordnung hervor, die unter anderem Fahrradstellplätze erleichtern und die Barrierefreiheit verbessern soll. „Ein sehr kluger Schritt ist auch die Absenkung der Fördergrenze, ab der das Land den Kommunen Umbaumaßnahmen bezuschusst. Oft sind es schon kleine Baumaßnahmen, die viel bewirken; bisher mussten Städte, Kreise und Gemeinden sie allein bezahlen.“

„Die Gründung der AG Nahmobilität vor einem Jahr war eine wichtige Grundlage für einen Richtungswechsel Inzwischen gehört ihr bereits ein Drittel aller hessischen Kommunen an sowie Vertreter von Hochschulen, Verkehrsverbänden, Interessenverbänden und Planungsbüro. Sie tauschen sich über gute Ideen aus, wie sich die Qualität des Rad- und Fußverkehrs und deren Vernetzung mit anderen Verkehrsmitteln verbessern lässt.“

*Karin Müller, MdL*

**17.05.2017 - Rückenwind für nordhessische Windkraft - Teilregionalplan Windenergie genehmigt**

Vor dem Hintergrund der Klimaschutz- und Energiediskussion fordern die GRÜNEN seit langem ein für Hessen schlüssiges Konzept zur Planungssicherheit für Windkraftstandorte vorzulegen. Durch die Schaffung der rechtlichen Grundlagen für den zukünftigen Ausbau der Windenergie in Nordhessen, ist durch die Landesregierung ein wesentlicher Schritt zur Energieversorgung aus erneuerbaren Quellen gelungen. Dazu Karin Müller, nordhessische Landtagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen: „Das größte Potenzial der erneuerbaren Energien liegt in der Nutzung der Windkraft. Durch die Ausweisung

der Vorranggebiete zur Nutzung der Windkraft, wird die Energiewende aktiv vorangetrieben und die Vorgabe des Landesentwicklungsplans erfüllt.“

Der Teilregionalplan Nordhessen weist 169 Vorranggebiete zur Nutzung der Windenergie mit zusammen 16.700 ha aus. Der Plan, der unter Beachtung von Naturschutz- und Abstandsregeln und unter einer breiten Beteiligung der Öffentlichkeit erarbeitet wurde, lenkt die Entwicklung auf die Gebiete, die sich sehr gut für Windräder eignen und keine unüberbrückbaren Konflikte mit Naturschutz und Besiedlung aufzeigen. Insgesamt ist der Ausbau der Windenergie in Nordhessen auf einem guten Weg. So lässt sich allein für 2016 festhalten, dass 54 Windenergieanlagen mit einer Leistung in Höhe von 161,25 Megawatt in Nordhessen genehmigt wurden. „Das ist ein hervorragendes Ergebnis für saubere Energieerzeugung und eine gute Nachricht für unser Klima“, so Müller.

„Gewiss gehören schwierige Abwägungen zwischen den Zielen der Energiewende, des Umweltschutzes, des Artenschutzes und der Berücksichtigung der Belange der Bevölkerung dazu. Wenn wir aber die Energiewende in Nordhessen und für ganz Hessen schaffen wollen, müssen wir diese Aufgabe als Gemeinschafts- und Zukunftsprojekt begreifen. Wer die Umwelt langfristig erhalten will, braucht erneuerbare Energien. Wir haben uns vorgenommen, bis zum Jahr 2050 unsere Energie komplett aus erneuerbaren Ressourcen zu gewinnen. Dieses große Ziel können wir erreichen, wenn wir alle daran mitwirken“, so Müller abschließend.

*Grüne Jugend Kassel*

**16.05.2017 - Homo-, Bi-, Inter- und Trans\*feindlichkeit betrifft uns alle**

Zum 17. Mai, dem internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Trans\*feindlichkeit, ruft die Grüne Jugend Kassel zu Solidarität mit allen aufgrund ihrer Sexualität verfolgten und diskriminierten Menschen auf.

Noch würden weltweit Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität bedroht, verfolgt oder gar ermordet. Auf brutalste und menschenverachtende Art und Weise, wie zuletzt in Tschetschenien oder in Form nationaler Gesetzgebung, wie in Saudi-Arabien oder im Sudan.

Diskriminierung und Stigmatisierung müssten auch queere Menschen in Europa, in Deutschland oder in Kassel befürchten. Um auf diesen Umstand aufmerksam zu machen und ein sichtbares Zeichen gegen Homo- und Trans\*phobie zu setzen, finden heute weltweit Aktionen und Veranstaltungen statt.

In Kassel werde die Grüne Jugend eine Sprühkreide-Aktion durchführen, um ihre Botschaften wortwörtlich auf die Straße zu bringen. So heißt es kämpferisch:

„Same love, same rights“ oder um die Bürger\*innen aktiv anzusprechen: „Support your local queer-gang.“ Auf diese Weise lehne die Grüne Jugend jede Repression, Diskriminierung oder Bevorzugung einzelner Formen der gemeinsamen Liebe, Sexualität und Verantwortung füreinander ab.

„Die Freiheit ist eine der wichtigsten Errungenschaften der Demokratie. Sie hört dort auf, wo man seinen Mitmenschen vorschreiben will, wie sie leben oder lieben sollen.“, so Niklas Gudorf, Sprecher der Grünen Jugend Kassel. „Wenn rechtspopulistische und reaktionäre Parteien und Gruppen uns vorschreiben wollen, was vermeintlich normal oder natürlich ist, dann müssen wir uns dem entschieden widersetzen und Bildungsarbeit leisten. Mit wem ich das Bett teilen will, das geht nun wirklich nur mich etwas an.“

Die Grüne Jugend fordert daher die Aufnahme eines Diskriminierungsverbotes wegen sexueller Identität in Artikel 3 des Grundgesetzes. Zudem solle die Ehe endlich für alle geöffnet und gleichgeschlechtlichen Paaren die Adoption gewährt werden. Auch eine Änderung des Transsexuellengesetzes sei dringend veränderungsbedürftig. "Nur eine offene und tolerante Gesellschaft ist eine moderne Gesellschaft", so Gudorf.

*Karin Müller MdL und Landkreis GRÜNE*

**12.05.2017 – Mehr Lebensqualität in Kassel und dem Landkreis dank Förderprogrammen des Landes Hessen**

„Viele Projekte für mehr Lebensqualität, für eine nachhaltige Stadtentwicklung und mehr bezahlbaren Wohnraum in Kassel und dem Landkreis Kassel kommen dank der Landesprogramme zur Städtebauförderung gut voran“, freuen sich Karin Müller, GRÜNE Landtagsabgeordnete für Kassel und den Landkreis Kassel sowie die Vorstandssprecherin der Landkreis GRÜNEN, Susanne Regier. „Zum Tag der Städtebauförderung am 13. Mai. setzt Hessen die Städtebauförderung gezielt ein, um den Zusammenhalt im Quartier zu stärken, den Klimaschutz zu verbessern und auf den demografischen Wandel zu reagieren“, so Müller und Regier. Nach Kassel flossen in den Jahren 2015 und 2016 für unterschiedliche Projekte über 5 Millionen Euro und in den Landkreis über 7,5 Millionen Euro, wie aus einer Antwort von Hessens Wohnungsbauministerin Priska Hinz (GRÜNE) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Hessischen Landtag hervorgeht (Drs.19/4698).

In das Programm „Soziale Stadt“ flossen für den Zusammenhalt im Quartier im Jahr 2015 und 2016 rund 3 Millionen Euro nach Kassel und über 1 Million in den Landkreis Kassel. „Dieses Programm lebt davon, dass die Bewohnerinnen und Bewohner als Experten vor Ort mitbestimmen, welche Maßnahmen ergriffen werden sollen. Dazu gehören nicht nur ein

Quartiersmanagement und Öffentlichkeitsarbeit, sondern auch maßgeschneiderte integrierte Handlungsansätze, die Gestaltung des öffentlichen Raums, der Ausbau der sozialen Infrastruktur, die Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements sowie eine stärkere Vernetzung und Kooperation im Quartier. Das ist ein gutes Konzept, das wir unterstützen“, bekräftigt Müller.

„Wir müssen weiter daran arbeiten, dass bezahlbare Wohnungen und ein attraktives Wohnumfeld für alle entstehen. Die Qualität des gebauten Raums und der Freiräume tragen entscheidend zur Attraktivität von Kommunen und zum Wohlbefinden ihrer Bewohner bei – mit dem Ziel, Lebensqualität zu erhalten und zu steigern“, so Müller und Regier abschließend.

#### *Kreisverband*

#### **11.05.2017 - Kasseler Grüne wählen neuen Vorstand**

Am gestrigen Mittwoch wählte die Mitgliederversammlung der Kasseler Grünen den Kreisvorstand. Vanessa Gronemann, Boris Mijatovic und Stephan Amtsberg wurden mit großer Mehrheit im Amt bestätigt. Im erweiterten Vorstand werden sie künftig von Franziska Bünsow, der Landtagsabgeordneten Karin Müller, Gesine Graw und Johannes Kreuzer (beide Grüne Jugend) sowie Torben Schmitt und Daniel Stein unterstützt.

Der neue Vorstand sieht die erste Aufgabe in der Vorbereitung der Bundestagswahl und der Unterstützung des eigenen Kandidaten. „Wir wollen mit Boris Mijatovic nach Berlin – für echten Klimaschutz, für faire Bildungschancen und für das grüne Kassel.“ sagt Gronemann. Gerade in der Kommune habe Mijatovic zahlreiche Erfahrungen und politische Ideen gesammelt, die den Weg nach Berlin finden müssen. „Die Mitglieder haben uns im Vorstand der Kasseler Grünen wie auch Boris Mijatovic persönlich den Rücken gestärkt. Mit einem starken Team gehen wir in den Bundestagswahlkampf.“

In der Stadtpolitik sei zudem ein guter Start in die neue Zusammenarbeit gelungen. "Nach einem Jahr der wackeligen Mehrheiten wurden am Montag wieder verlässliche Weichen gestellt. Wir wollen weiterhin mit den Menschen gemeinsam, Kasseler Projekte vorantreiben und in der weltoffenen Stadt Kassel eine gute Entwicklung fortsetzen", sagen Gronemann und Mijatovic.

#### *Karin Müller, MdL*

#### **08.05.2017 - Bundesverkehrswegeplan 2030: Hessen setzt die richtigen Prioritäten für Schiene und Sanierung der Straße**

Aus Sicht der GRÜNEN im Landtag setzt die hessische Landesregierung richtige Prioritäten bei der Umsetzung des Bundesverkehrswegeplan 2030 für Hessen, dessen zentrale Projekte Verkehrsminister

Tarek Al-Wazir heute vorgestellt hat. „Offenkundig hat sich gelohnt, dass unser GRÜNER Verkehrsminister der Bundesebene permanent mit den hessischen Anliegen auf den Füßen stand“, erläutert Karin Müller, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. „Er konnte den Bund davon überzeugen, dass es erheblicher Investitionen in das hessische Schienen- und Straßennetz bedarf, um die Engpässe zu beseitigen.“

Die von Al-Wazir vorgestellten Investitionen fließen zu einem großen Teil in die Beseitigung von Engpässen und die Verbesserung zentraler Verkehrsachsen. Allein für den Ausbau der Schienenstrecken sieht der Bund Investitionen in Höhe von rund neun Milliarden Euro vor. Hierzu gehören die Strecken Hanau–Würzburg/Fulda, der Mittelrheinkorridor inklusive der Neubaustrecke Frankfurt-Darmstadt-Mannheim und der Wallauer Spange sowie der Knoten Frankfurt. „Es ist eine gute Nachricht für alle Pendlerinnen und Pendler, gleich ob auf der Schiene oder der Straße, dass diese Fernverkehrsverbindungen verbessert werden“, so Müller. „Mehr Kapazitäten und mehr Qualität auf der Schiene machen den Umstieg vom Auto attraktiver – und jeder Umsteiger entlastet die Autobahnen und Fernstraßen.“

„Um die Mobilität auf alle Verkehrswegen zu sichern, muss bei den Investitionen in die Straßen der Erhalt Priorität haben. Auch hier hat Verkehrsminister Al-Wazir den Bund von den notwendigen Projekten für Hessen überzeugt.“ Der größte Teil der rund acht Milliarden Euro Bundesmittel fließe in den Erhalt der hochbelasteten Autobahnkreuze und der zentralen Fernstraßen. „Die Ertüchtigung der Kreuze wird die Stauanfälligkeit der weiteren Autobahnabschnitte reduzieren, den Verkehrsfluss sichern und die Unfallgefahr senken. Auch die Lärmsanierung wird eine große Rolle spielen, das kommt den Menschen in der Nachbarschaft der Autobahnen zugute. Leider ist der Bundesverkehrswegeplan insgesamt stark auf den Straßenbau konzentriert; Hessen macht das Beste daraus. Es wäre sehr zu wünschen, dass der nächste Plan auf Bundesebene von Anfang an eine starke GRÜNE Handschrift trägt, um den Herausforderungen an eine moderne, an den Bedürfnissen der Menschen sowie des Umwelt- und Klimaschutzes orientierten Verkehrsplanung gerecht zu werden.“